

DIE LINKE. Fraktion im Regionalverband
Schlossplatz 12, 66119 Saarbrücken

Der Regionalverbandsdirektor		REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN	
EINGANG 02. Okt. 2019			
D1	D2	D3	
14	15	19	60

REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN
Regionalverbandsdirektor
Herrn Peter Gillo
- im Hause - 04. Okt. 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Regionalverband

Fraktionsgeschäftsstelle
Saarbrücker Schloss
Nordflügel, EG, Zi. 025
66119 Saarbrücken
Tel. 0681 - 506 89 00
Fax 0681 - 506 89 99
info@dielinke-regionalverband.de
www.dielinke-regionalverband.de

10	ASS	
----	-----	--

J. Z. W. Kern

Saarbrücken, 30.09.2019

Antrag zum Haushalt 2020

Gemeinwesenarbeit Burbach – Sozialberatung

Sehr geehrter Herr Regionalverbandsdirektor,

die Fraktion DIE LINKE stellt im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2020 den folgenden Antrag. Wir bitten diesen Antrag in der nächsten Sitzung des Regionalverbandsausschusses sowie in der Regionalversammlung zu behandeln:

Im Haushalt 2020 (und Folgende) werden 5.000 Euro eingestellt, um den Zuschuss für die Gemeinwesenarbeit Burbach um 15.000 Euro erhöhen zu können.

Begründung:

In Burbach muss dringend das Niveau der Sozialberatung auf den Stand vor der Insolvenz der gabb-Burbach angehoben werden. Durch die Insolvenz gingen in Burbach neun Stunden Arbeitslosenberatung verloren, die bisher nicht kompensiert werden konnten. Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieser Forderung ergibt sich in einem Stadtteil mit einer SGB-II-Quote von nahezu 40 % und zusätzlich einer Grundsicherungsquote im Alter von fast 14 % von selbst.

Gespräche mit der Landeshauptstadt Saarbrücken über die Erhöhung des Zuschusses für die GWA-Burbach sollten unmittelbar geführt werden.

Zur Finanzierung dieser neun Stunden Beratung bei der vor Ort arbeitenden Gemeinwesenarbeit Burbach, sind insgesamt ca. 15.000 Euro notwendig. Durch die Drittelregelung muss der Regionalverband gerade einmal 5.000 Euro selbst leisten.

Die in den letzten Jahren in der Regionalversammlung immer wieder getätigte Behauptung: „für Beratung ist das Jobcenter zuständig“ wird durch den Bericht der Gemeinwesenarbeit Burbach 2018 folgende Erfahrungen entgegengesetzt:

„Da die Mitarbeiter*innen des Jobcenters den Leistungsberechtigten häufig nicht ausreichend beim Ausfüllen von Antragsformularen helfen, wird unsere Beratungsstelle häufig wegen Formularhilfe in Anspruch genommen. Teilweise werden die Ratsuchenden sogar vom Jobcenter zu uns geschickt, obgleich die Behörde eigentlich zur Hilfeleistung verpflichtet ist.“

Deckungsvorschlag:

Minderausgaben bei „sonstige ordentliche Aufwendungen“.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Dr. Barbara Metzinger,
Fraktionsgeschäftsführerin